

Steinbrück, Peer

Article

Die Finanz- und Wirtschaftspolitik der Bundesregierung - Reformagenda für Deutschland

ifo Schnelldienst

Provided in Cooperation with:

Ifo Institute – Leibniz Institute for Economic Research at the University of Munich

Suggested Citation: Steinbrück, Peer (2007) : Die Finanz- und Wirtschaftspolitik der Bundesregierung - Reformagenda für Deutschland, ifo Schnelldienst, ISSN 0018-974X, ifo Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München, München, Vol. 60, Iss. 13, pp. 20-24

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/164441>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Die Finanz- und Wirtschaftspolitik der Bundesregierung – Reformagenda für Deutschland

20

Rede des Bundesministers der Finanzen
Peer Steinbrück
bei der ifo Jahresversammlung 2007
am 25. Juni 2007 in München

An wen oder was denkt man zu allererst, wenn vom ifo Institut die Rede ist? Natürlich an seinen Präsidenten, an Sie Herr Professor Sinn. Ihnen ist es – mitunter durch genauso gekonnte wie medienwirksame Zuspitzungen – immer wieder gelungen, breite öffentliche Debatten über wichtige wirtschafts- und sozialpolitische Fragen anzustoßen.

Leider ist in der öffentlichen wirtschaftspolitischen Debatte unseres Landes so manches Bild verrutscht: Deutschland stand nie am Abgrund. Deutschland musste nie gerettet werden. Deutschland war nie so schlecht, wie es gemacht wurde, aber auch nicht so gut wie erforderlich. Und nicht zuletzt wissen wir heute, dass Deutschland reformfähiger ist als lange angenommen.

Für diese verrutschten Bilder ist auch das Abwandern wirtschaftswissenschaftlicher Expertise in die Blätter des Boulevards verantwortlich, das genauso kritisch gesehen werden darf wie die Politikersprache in Talk-Shows.

Wie Sie sehen, bin auch ich ein Freund klarer Ansprachen und Aussprachen. Deswegen freue ich mich umso mehr, heute hier bei Ihnen sein zu können und bedanke mich für die Einladung.

Ebenfalls untrennbar mit dem ifo Institut verbunden ist der ifo-Geschäftsklimaindex. Jeden Monat blicken Analysten, aber auch jene, die sich dafür halten, gebannt darauf, in welche Richtung sich der Index bewegt. Der Index hat sich zu einem der wichtigsten Konjunkturbarometer in Deutschland entwickelt. Meine Gratulation dazu – das war am Anfang ja nicht selbstverständlich!

Leider ist es heute so, dass eine im harten Wettbewerb aufgeputschte Medienlandschaft oftmals allzu schnell die eine oder andere Indexbewegung zum ultimativen Ende eines Aufschwungs erklärt oder in das andere Extrem verfällt, also eine Indexverbesserung hochgejubelt wird nach dem Motto: »The sky is the limit«.

Himmelhoch jauchzend und dann wieder zu Tode tief betrübt: Mir schwanken die Stimmungen zu stark und zu sehr.

Damit Sie mich nicht falsch verstehen: Ich stelle den Nutzen von Expertenbefragungen und darauf beruhenden Konjunkturprognosen keineswegs in Frage – ohne sie ist eine moderne Wirtschaftspolitik gar nicht denkbar.

Was ich aber kritisiere, ist die oft weit überzogene, gelegentlich schrille Tonlage, die bei uns in Sekundenbruchteilen einsetzt,



wenn wir über die Gegenwart und die Zukunft Deutschlands sprechen. Da geht es häufig zu schnell ins Extreme.

Da ist es doch kein Wunder, dass die Bürgerinnen und Bürger mitunter das Vertrauen verlieren, dass sie immer misstrauischer werden, ja, dass sie sogar Angst vor der Zukunft bekommen und Veränderungen, so weit es irgend geht, abblocken.

Für mich steht fest, dass sich Politik, wenn sie verlässlich und damit glaubwürdig bleiben will – und das muss sie –, nicht von jeder ungünstigen Prognose, nicht von jeder Momentaufnahme des Stimmungsbarometers, nicht von populistischen Einwüfen oder Kampagnen irritieren lassen darf.

Wenn Strukturreformen wie die Unternehmensteuerreform oder Zukunftsinvestitionen wie das Elterngeld als richtig erkannt worden sind, sollte man sich nicht durch schlechte Umfragewerte irritieren lassen.

Das sage ich durchaus selbstkritisch an meine eigene Branche, die Politik. Das gelingt nicht immer – das weiß ich – mir auch nicht – aber es sollte dennoch die Grundhaltung sein. Ich finde, vor allem Gerhard Schröder hat eine solche Standfestigkeit mit seinem Festhalten an der Agenda 2010 auch durch schwerstes Umfragewetter eindrucksvoll demonstriert.

Gerade die Finanz- und Haushaltspolitik muss von realistischen, eher vorsichtigen Annahmen ausgehen. So hat das die Große Koalition bisher getan, und so wird sie es auch wei-

terhin tun. Mit ihren konservativen Projektionen setzt die Bundesregierung einen bewussten Kontrapunkt zu dem Überbietungswettbewerb, der gerade bei den Wachstumsprognosen existiert und der zu teils irrationalen Ausschlägen führt.

Ausgangslage

Deshalb halte ich mich auch lieber an das, was ist, als an das, was eventuell sein wird. Fakt ist:

- Die deutsche Wirtschaft wächst so stark wie seit sechs Jahren nicht mehr.
- Die Arbeitslosigkeit ist innerhalb eines Jahres auf den niedrigsten Stand seit 1999 gesunken. Mit inzwischen 3,75 Mill. Arbeitslosen sind wir weit von der Fünf-Millionen-Marke entfernt.
- Die Unternehmen in Deutschland planen den kräftigsten Stellenaufbau seit 1990.
- Mit einem gesamtstaatlichen Defizit von 1,6% des BIP hat Deutschland im abgelaufenen Jahr erstmals seit vier Jahren wieder das Verschuldungskriterium des Maastricht-Vertrags eingehalten und deutlich unterschritten.
- Mit einer durchschnittlichen jährlichen Reduzierung des strukturellen Haushaltsdefizits um 0,5% des BIP im Zeitraum 2007–2008 hält Deutschland auch diese Vorgabe des Maastricht-Vertrages ein.
- Die Nettoneuverschuldung in diesem Jahr wird mit weniger als 19 Mrd. € die niedrigste seit der Wiedervereinigung sein. Für den Gesamtstaat streben wir 2010 einen ausgeglichenen Haushalt an. Für den Bundeshaushalt wird dies voraussichtlich 2011 erreicht sein.

An dieser Stelle kann man sich in der Tat – und Prof. Sinn hat das in seinem Vortrag getan – die Frage stellen, wo dieser Aufschwung herkommt. Ich hielte es für vermessen, das Verdienst für die deutlich besseren ökonomischen und beschäftigungspolitischen Aussichten allein für die Politik oder namentlich die Bundesregierung zu reklamieren.

Aber die Politik sollte in falscher Bescheidenheit auch nicht so tun, als hätte sie in den vergangenen wie auch in der laufenden Legislaturperiode nichts getan, um wirtschaftliches Wachstum und eine Erholung auf dem Arbeitsmarkt möglich zu machen.

Ich kenne das überaus populäre Erklärungsmuster nach dem Motto: Wenn die Konjunktur brummt, ist das das Verdienst der Wirtschaft. Läuft es schlecht, dann ist die Politik daran schuld. Das ist keine faire Diskussionsgrundlage!

Fakt ist: Mit den Reformen der Agenda 2010 hat die alte Bundesregierung unter Gerhard Schröder begonnen, den über Jahre, wenn nicht sogar Jahrzehnte hinweg aufgebauten Reformstau aufzulösen. Manche Symbolpolitik wur-

de durch weitreichende Strukturreformen ersetzt, deren Ernte wir heute – mit der für Strukturreformen charakteristischen Zeitverzögerung von einigen Jahren – einfahren.

Hinzu kommt, dass die große Koalition nicht unwesentlich zum Beginn des Aufschwungs mit einer erfolgreichen wirtschafts- und finanzpolitischen Doppelstrategie beigetragen hat: Ganz bewusst haben wir die Abfolge »zuerst stimulieren und dann sanieren« gewählt. Nur so konnten wir den Schwung des Aufschwungs nutzen, um die konjunkturellen Bremseffekte der Mehrwertsteuererhöhung und der Subventionskürzungen gut wegzustecken.

Dies erklärt aber nur einen Teil der erfolgreichen Rezeptur: Viele, auch und gerade mittelständische Unternehmen, haben konsequent auf die Herausforderungen der globalisierten Wirtschaft reagiert, zum Beispiel in Form von Innovationen, Qualitätssteigerungen, Kostensenkungen oder einer ausgeklügelten Logistik. Natürlich waren diese Restrukturierungen zum Teil sehr schmerzhaft. Bestes Beispiel ist die Bauindustrie, wo in den letzten Jahren mehr als 700 000 Arbeitsplätze verloren gegangen sind.

Große Unternehmen haben nach dem Platzen der New-Economy-Blase ihre Bilanzen in Ordnung gebracht und so den nötigen Spielraum für neue Investitionen geschaffen – Investitionen, die jetzt mehr und mehr die wirtschaftliche Erholung tragen.

Und, last, but not least: Die Gewerkschaften und die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die nicht nur durch den Verzicht auf Lohnsteigerungen, sondern oft auch durch den Verzicht auf Lohnbestandteile, durch unbezahlte Mehrarbeit und flexible Arbeitszeitmodelle einen ganz erheblichen Anteil am Zuwachs an internationaler Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland haben! In diesem Zusammenhang hört man immer wieder die irreführende These, in Deutschland seien die Lohnkosten zu hoch. Das gilt – nicht zuletzt wegen der Abgabenfinanzierung des deutschen Sozialversicherungssystems für die Bruttolöhne, nicht aber für die realen Nettolöhne, deren langjährige Stagnation zu einem großen Teil die schwache Binnennachfrage erklärt.

Die Erkenntnis, die wir gerade für die Zukunft hieraus ziehen sollten, ist eine doppelte:

- Erstens: Wenn sich Politik, Unternehmer, aber auch Arbeitnehmer und Gewerkschaften den Herausforderungen stellen, können wir unser Land wieder voranbringen.
- Und zweitens: Wir sind weitaus mutiger, wir sind viel besser, als wir uns selber zugetraut haben und andere uns eingeredet haben! Die Grundlagen für unseren weiteren ökonomischen Erfolg sind gegeben!

Mehr »Wir-Gefühl« für mehr wirtschaftliche Dynamik

All diese Erfolge können aber nicht über ein grundsätzliches Manko auf der mentalen Ebene unserer Gesellschaft hinwegtäuschen: Den wichtigen Reformen, die wir umgesetzt haben, fehlte es am nötigen gemeinsamen Optimismus, auch am Stolz der Eliten, an der gemeinsam zum Ausdruck gebrachten Überzeugung, dass diese Reformen unser Land als ganzes voranbringen.

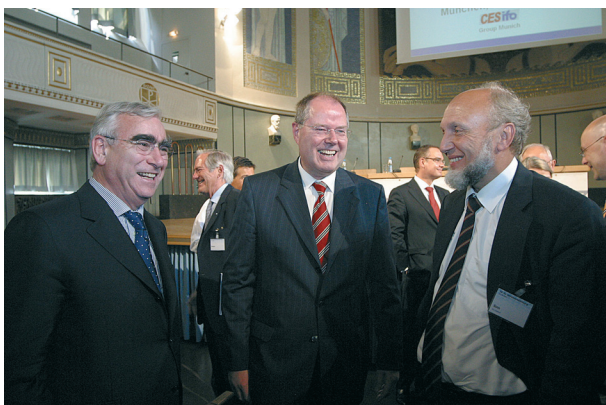
So haben wir das, was wir bisher an Reformen umgesetzt haben, eher widerstrebend, als Ergebnis des Globalisierungsdrucks und damit reaktiv erlebt.

Aus meiner Sicht ist die Diagnose des ehemaligen stellvertretenden Chefredakteurs der Tageszeitung »Die Welt«, Johann Michael Möller, zutreffend, wonach »die deutsche öffentliche Reformdebatte vor allem daran krankt, dass sie bis heute keine Emotionen zeigte; dass sie keine kollektiven Phantasien beflügeln konnte.«

Das ist umso bedauerlicher, als in dynamischen Ländern wie China oder den Vereinigten Staaten, aber auch in den neuen mittel- und osteuropäischen Beitrittsländern der EU ein Mehr an Optimismus auch zu größeren Erfolgen insbesondere in wirtschaftlicher, aber auch mentaler Hinsicht führt.

Für Deutschland bedeutet dies, trotz schonungsloser Analyse der Schwächen und Defizite, auch die unzweifelhaften deutschen Stärken mehr in den Vordergrund zu rücken. Oder, wie es der ehemalige Bundespräsident Roman Herzog schon vor zehn Jahren in seiner berühmten Berliner »Rück-Rede« auf den Punkt brachte: »Die mentale und die intellektuelle Verfassung des Standorts Deutschland ist heute schon wichtiger als der Rang des Finanzstandorts oder die Höhe der Lohnnebenkosten.«

Roman Herzog ließ auch keinen Zweifel daran, wo er die Verantwortlichen für die Defizite bei der mentalen Verfassung des Standortes sah, nämlich bei den Eliten!



Völlig zu Recht fragte er schon vor zehn Jahren: »Können unsere Eliten über die dogmatischen Schützengräben hinweg überhaupt noch Entscheidungen treffen? Wer bestimmt überhaupt noch den Gang der Gesellschaft: diejenigen, die die demokratische Legitimation dazu haben, oder jene, denen es gelingt, die Öffentlichkeit für ihr Thema am besten zu mobilisieren? Interessenvertretung ist sicher legitim. Aber erleben wir nicht immer wieder, dass einzelne Gruppen durch die kompromisslose Verteidigung ihrer Sonderinteressen längst überfällige Entscheidungen blockieren können?«

Nehmen Sie als aktuelle Beispiele die unzähligen, meist interessengeleiteten Bewertungen zur Unternehmensteuerreform oder die Forderung des einschlägigen Verbandes zur Wagniskapitalförderung, nach der alle Private Equity Fonds steuerlich zu begünstigen sind – mit der Folge von Einnahmeverlusten des Staates in Milliardenhöhe. Andernfalls wird mit der Flucht der Branche aus Deutschland gedroht.

Was vor zehn Jahren eine treffende Situationsbeschreibung des damaligen Bundespräsidenten war, hat also bis heute nichts an Gültigkeit verloren. Deshalb plädiere ich immer wieder dafür, dass sich die Eliten in Politik, Wirtschaft, Medien und gesellschaftlichen Gruppen – von denen nicht wenige heute hier anwesend sind – mit Balance und Augenmaß in die Reformdiskussion einbringen.

Es gehört aber auch dazu, Verantwortung zu übernehmen für die Gruppen in unserer Gesellschaft, die von der neuen Wirtschaftsdynamik nicht von alleine profitieren. Und zwar bevor sich Verlierer- und Verlustängste irrational Bahn brechen können.

Wir müssen die Teilhabe aller Gruppen in unserer Gesellschaft aktiv organisieren, die Menschen sowohl durch Reformen als auch durch die richtige Ansprache mitnehmen und ihnen nicht zusätzlich zu den notwendigen wirtschaftlichen Veränderungen auch noch Angst machen. Dazu gibt es keinen Grund.

Blick nach vorne

Auch wenn die Halbzeitpause der laufenden Legislatur rein rechnerisch erst im November erreicht sein wird, sind die Medien bereits jetzt übervoll mit Bewertungen, Beurteilungen und Abrechnungen der Regierungspolitik der vergangenen 19 Monate. Dabei wird nicht selten der falsche Eindruck vermittelt, als habe die Große Koalition ihr Pulver bereits in der ersten Halbzeit verschossen und habe jetzt keine Luft mehr für die zweiten 45 Minuten. Unterschätzen Sie unsere Kondition nicht!

Richtig ist: Die Große Koalition hat in dieser ersten Halbzeit Vieles erreicht – die Zahlen belegen das, und sie werden

immer besser. Wir haben aber auch in der zweiten Halbzeit Großes vor – als Finanzminister kann ich Ihnen das zumindest für den Bereich der Finanz- und Haushaltspolitik versprechen.

Historische Chance zum Schuldenabbau nutzen

Nun sehen Sie einen Finanzminister vor sich, der – ganz klassisch – im Aufschwung nur so von Begehrlichkeiten umzingelt ist. Die horrenden Zahlen machen manche ganz schwindelig. Ihnen kribbelt es in den Fingern, die zu erwartenden 87 Mrd. € Mehreinnahmen allein für den Bund in den nächsten vier Jahren rasch wieder auszugeben.

Ich bin sehr froh über die klare und sehr hilfreiche Unterstützung der Bundeskanzlerin und des Vizekanzlers, die mir den Rücken stärken, damit das nicht passiert.

Denn so schön die konjunkturbedingten Mehreinnahmen auch sind, sie verringern den Handlungsdruck keineswegs. Unsere **strukturellen Haushaltsprobleme** sind alles andere als gelöst.

Denn eines darf bei den jüngsten positiven Entwicklungen nicht vergessen werden: Auf Deutschland lastet ein Schuldenberg von rund 1,5 Bill. €, der sich in den letzten 40 Jahren aufgetürmt hat. Und wir nehmen immer noch neue Schulden auf. Nur eine Zahl sei genannt, um klar zu machen, mit welcher Hypothek wir und die uns nachfolgenden Generationen es schon heute zu tun haben: Jeder sechste Steuer-euro geht allein für Zinsen drauf.

Das sind rund 40 Mrd. €, die wir jedes Jahr zu den Banken tragen, die uns fehlen für Bildung, Forschung, Familienförderung oder Energieeffizienz. Anders ausgedrückt: Die Kosten der Vergangenheit bremsen unser Land auf seinem Weg in die Zukunft!

Die gegenwärtig so erfreuliche Entwicklung bietet uns die historische Chance, zum ersten Mal seit 40 Jahren den Teufelskreis zu durchbrechen, unseren Kindern immer neue Schulden aufzubürden.

Wir können uns entscheiden: Im Rausch das Geld gleich wieder auszugeben, auch Steuersenkungen auf Pump zu finanzieren, oder den Haushaltsausgleich so rasch wie möglich anzustreben, um nicht immer mehr Zinsen zahlen zu müssen, sondern politischen Gestaltungsspielraum zurück zu gewinnen. Deshalb muss es jetzt unser wichtigstes Ziel sein, die Neuverschuldung – also ein weiteres Anwachsen des Schuldenberges – zu stoppen, und deshalb ist die deutsche Finanzpolitik darauf ausgerichtet, gesamtstaatlich spätestens im Jahr 2010 einen strukturell ausgeglichenen Haushalt zu erreichen. Für den Bund strebe ich diesen Haushaltsausgleich spätestens 2011 an. Deshalb wird die Bun-

desregierung die bisher so erfolgreiche wirtschafts- und finanzpolitische Doppelstrategie fortsetzen, mit der wir den nötigen finanziellen Spielraum für mehr Zukunftsinvestitionen schaffen.

Handlungsfähiger statt fatter Staat

Wie Sie wissen, gibt es durchaus andere Vorschläge für die Verwendung der zusätzlichen Steuereinnahmen, zum Beispiel für Steuersenkungen. Nicht selten liegt solchen Vorschlägen die Vorstellung zugrunde, der Staat in Deutschland absorbiere zu viele volkswirtschaftliche Ressourcen, was wiederum das Wachstum negativ beeinflusse – kurz gesagt: der Staat sei zu fett.

Diese Analyse ist für Deutschland aus mehreren Gründen falsch: Die deutsche Staatsquote ist innerhalb von nur vier Jahren – von 2003 bis 2006 – um 3 Prozentpunkte auf 45,6% gesunken. Damit liegt sie wieder auf dem Niveau von 1975 und das trotz der enormen finanziellen Belastungen im Zuge der Wiedervereinigung.

Mehr noch: Betrachtet man die Entwicklung der Staatsquoten im internationalen Vergleich, zeigt sich, dass Deutschland als einziges großes EU-Land eine erfolgreiche ausgabenseitige Konsolidierung vorzuweisen hat.

Während unsere Staatsquote deutlich gesunken ist, stagniert sie seit 2004 in Frankreich und ist in Großbritannien um 1,5 Prozentpunkte, in Italien sogar um 2,5 Prozentpunkte gestiegen.

Weit verbreitet ist auch das Vorurteil, die deutsche Steuer- und Abgabenquote sei zu hoch. Tatsache ist, dass Deutschland hier im Mittelfeld der OECD rangiert, was wir vor allem den Steuerreformen der Regierung Schröder ab dem Jahr 2000 zu verdanken haben, die mit einer Steuerentlastung von insgesamt 60 Mrd. € verbunden waren und nicht zuletzt die kleinen und mittleren Unternehmen steuerlich deutlich entlastet haben.

Zurück zu den Staatsausgaben: Das Problem hierbei liegt weniger in ihrer Höhe als vielmehr in ihrer Effizienz. Konkret heißt das: Wir müssen uns davor hüten, die Qualität der öffentlichen Finanzen nur nach dem Input zu beurteilen.

Der entscheidende Fehler ist, dass wir allzu oft den politischen Erfolg allein darin sehen, dass ein Haushaltstitel mit genügend Geld ausgestattet wird – das ist die Inputorientierung. Wir stellen uns zu selten die Frage, im Sinne einer Outputorientierung, was ist mit diesem Geld bewirkt worden?

Nehmen Sie das hochaktuelle Beispiel der Bildung: Internationale Vergleiche deuten hier für Deutschland auf einen erheblichen Handlungsbedarf hin: Trotz vergleichsweise ho-

her öffentlicher Ausgaben ist in Deutschland die so genannte Risikogruppe, also die Gruppe derjenigen Schüler, die Mindestanforderungen nicht erfüllen, besonders hoch.

Nehmen Sie die Sozialausgaben, die 57% aller Ausgaben im Bundeshaushalt ausmachen. Oder anders ausgedrückt: Wir geben 70 Cent jedes eingenommenen Steuer-Euro für Soziales aus. Aber damit sind mitnichten die sozialen Probleme unseres Landes gelöst.

Oder nehmen Sie die 185 Mrd. €, die wir für die Familienförderung ausgeben. Aber trotz dieses enormen Betrages wird erst einmal zusätzliches Geld gefordert, wenn es zum Beispiel um die Finanzierung der Kinderbetreuung geht, statt zu fragen, ob wir das vorhandene Geld nicht vielleicht effizienter einsetzen könnten.

Mein Fazit lautet: Gute bzw. bessere Politik muss nicht zwangsläufig mehr Geld kosten nach dem Motto »Viel hilft viel«, das in der Vergangenheit viel zu oft die Maxime für politisches Handeln war.

Schlussbemerkung

Mein Fazit lautet: Wir brauchen keinen fetten, sondern einen handlungsfähigen Staat. Das heißt einen Staat, der Spielregeln für einen fairen Wettbewerb setzt – zum Teil und mehr denn je in internationaler Abstimmung – und der über finanzielle Spielräume politische Gestaltungsspielräume für die Zukunftssicherung eröffnet.

Ganz in diesem Sinne konnte ich vor wenigen Tagen mit meinen Kabinettkollegen die so genannten Chefgespräche zur Aufstellung des Bundeshaushalts 2008 erfolgreich abschließen.

Wenn zu all dem dann noch eine Elite kommt, die sich stärker als bisher und mit einem positiveren und selbstbewussteren Grundton in unsere gesellschaftspolitischen und standortpolitischen Debatten einbringt, dann bin ich nicht nur davon überzeugt, dass Deutschland nicht gerettet zu werden braucht, sondern auch, dass unser Land unter den Bedingungen des globalen Wettbewerbs auf einem guten Weg ist.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Es gilt das gesprochene Wort!